

Fremdenlegion etabliert. Die Proleten haben sich schon jetzt, da sie noch ein bisschen Saft in den Knochen haben, nicht ge...

Ein Glied in der großen Kette Die Bewegung der Bauarbeiter

Die „Schlacht“ der 130 000 Berliner Metallarbeiter, die nicht in offener Schlacht der Uebermacht des Klassenregimes...

Die Bauarbeiter „kämpfen“ — und wie — heroisch, nicht mit „Abscheu“ wendend von den sozialdemokratischen Blutsaugern...

Die Bauarbeiter waren damit die „Aktion“ erledigt. Im Schweiß ihres Angesichts waren sie bemüht, einen...

So vernahm man aus der „Roten Fahne“. Die Hähne unter den Bauarbeitern, die da noch krächten, waren nicht groß...

Die eine Seite, den Lohnabbau, zu spüren bekommen. Natürlich schreien die Moskauer Sozialdemokraten der verschiedenen...

Die Grenzen des gewerklichen Kampfes zu verlassen. Zeugnis davon legt ab folgendes Geschrei der „Roten Fahne“ vom 8. April:

„Die Streiks der Bauarbeiter zeigen, wie alle ausgebildeten Arbeiter der Bourgeoisie und ihrer Agenten in der Regierung durch die Aktion der Arbeiterklasse durchkreuzt werden.“

„Siegreiche Avantgarde-Schlacht“ der Bauarbeiter? Wenn Lächerlichkeit tönen könnte: Wir leben heute in der Epoche des Monopolkapitalismus, die gleichzeitig die Niedergangsepoche des Kapitalismus ist...

Wiener „Fest“mal

So wie Barden gegen Feinde, Steht die Bauer der Gemeindef. Auch das Pflanzchen darf nicht fehlen. Denn man tut uns deshalb wehnen...

Stolz für unsre großen Meister Zeilen in die Kiste schmüßigt er. Seit des Müßiggangs, wie lobt es. Wenn nicht grad die Marken liebt es...

Ebenso muß der Industrieverband für das Baugewerbe bewertet werden. Auch er hat es unternommen, die ernsthaften Voraussetzungen zu schaffen, um die Aktion der Bauarbeiter...

Die Niederlagen des Proletariats zwingen es, in diesem Sinne zu handeln. Bruch mit dem Reformismus jeder Couleur, einschließlich in der neuen Auflage von „roten“ Verbänden. So wird der Klassenkampf einen neuen Inhalt bekommen...

Berichtsgang: In Nr. 12/13 der KAZ soll es in dem Artikel „Generalbankrott in Oesterreich“ heißen: Die Kriminalität hat in erschreckendem Maße abgenommen...

Organisatorische Mitteilungen

- Ortsgruppe Weißensfeld. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden bei Meerheim, Alte Leipzigerstraße 15, prl., Diskussionsabende statt. Nowawes. Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Karl Grünstr. 62, die Funktionärsversammlungen der Partei und Union statt.

Eingänge für den Profefonds

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Fr. Hildecko, Magdeburg (2.- Mark), W. Erbe, Berlin (2.- Mark), RFB, Neukölln (1.- Mark), A. W., C. S. R. (2.- Mark), Ungenannt (20.- Mark), Andreas, Berlin (1.- Mark), Zl. Unterbrecht (20.- Mark), A. Schneider, Suhl (2.- Mark), Hausmann, 3. Bezirk (2.- Mark), Brendel, 3. Bezirk (2.- Mark), Hentschke, 3. Bezirk (2.- Mark), Gen. Lu. (10.- Mark), Gen. Dw. (15.- Mark), Gen. Ba. (15.- Mark), Gen. Tsch. (10.- Mark), Gen. Her. (10.- Mark), Gen. Ld. (15.- Mark), Gen. Kurt (25.- Mark).

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur“, Berlin SO 36, Luisenpark 13. Telefon: Oberbaum P 8 7332.

Berlin, Juni 1931.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 829 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.

Bei Bezug unter Streifenband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint viermal monatlich. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Aasgeier krächzen: Schnallt den Hungerriemen enger!

Börne sagt irgendwo: „Der Monolog ist unfruchtbar, fruchtbar ist nur der Dialog! Da haben sich die „Gutachter“ der „Frontkämpfer“-Regierung wochenlang etwas in den Bart gekrümmt, und sie hätten das noch einige weitere Wochen so ausgehalten, aber die gierigen Schakale der „großen Presse“ und der „Vorwärts“ natürlich immer an der Spitze, drängelten und stützten schon dauernd so beutehungrig unter den Fingern und Türrahmen der Garküche, immer im Chorus brüllend: „Oh der-Fraß denn nicht bald hergestellt sei. Was Wunder, daß da der Obermacher der „Gutachter“-Kombi sich nicht anders zu retten wußte, als der ganzen Gesellschaft, so zwischen Tür und Angel, ein paar Kostpfeiler im Rohzustand zuzustücken.“

„Gutachter“ aus. Diese Feststellungen sind so unsagbar lächerlich, daß der Simplizismus recht hatte, wenn er schrieb: „Hätte man statt der Brauns-Kommission zehn oder zwanzig Arbeitslose an den grünen Tisch gesetzt, sei es auch mit geringeren Tagegeldern, dann wäre wenigstens während der Beratungszeit die Arbeitslosigkeit um diese zehn bis zwanzig Mann vermindert gewesen.“

Das Reich soll Auslandspump aufnehmen und dann den Kapitalisten zur Verfügung stellen. Die Differenz in der Zinsspanne, falls überhaupt von Zinsen gesprochen werden kann, trägt das Reich. In der Vergangenheit hat dieses Beispiel schon genügend Schule gemacht. Und was den Großbargariern recht ist, kann auch den Industriellen nur billig sein. Für die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ empfiehlt diese famose Kommission: „Es sollen sich kleine Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen, die aus idealen Gesichtspunkten bereit sind, unter ungewohnten und primitiven Bedingungen ein Leben zu führen.“

Der Brünig und seine Trabanten haben sich das alles in größter Seelenruhe angehört und flugs einen Rattenschwanz neuer Notverordnungen formuliert. Wenn dann in den nächsten Tagen die Polizei-„sozialisten“ von ihrer Leipziger Tagung heimkehren, werden sie Gelegenheit finden, die „schlimmsten Auswirkungen zu bekämpfen“. Die Regierung Brünig hat es bisher nicht für opportun gehalten, obwohl ihr das Feuer auf den Rücken brennt, mit den Notverordnungen herauszutreten. Sie verfolgt im Hinblick auf den Parteitag der Sozialdemokratie folgende Spekulation: Gelingt es dem Parteivorstand, die „linken“ Nörgler in den Fesseln ihrer eigenen Inkonsistenz zu verstricken und vom Parteitag ein überwältigendes Vertrauensvotum für die bisherige Lotterierpolitik zu erreichen, dann strampelt die Proletariat der SPD, schon lange nicht mehr so heftig, wenn sie die bittere Pille der neuen Notverordnung in den Wanst bekommen. Die Sozialdemokratie umsegelt heute ähnlich wie 1918 gewisse Gefahrenklippen. Nirgendwo ist im brandenden Meer der Weltwirtschaftskrise das rettende Eiland einer Besserung zu erblicken. So erwächst dem Parteivorstand die Aufgabe, den durch radikale Phrasen bei den Arbeitern neu aufzufrischten Dämonen selbst die Leipziger Volkszeitung als Peitschenhiebe gegen die Sozialdemokratie werfen zu lassen. So erwächst dem Parteivorstand die bange Frage, ob das „Bollwerk“ des kleinen Metallarbeiters in Preußen schon bei den nächsten Wahlen ins Wanken geraten würde. Wenn aber dieser letzte Pfeiler ihrer „realen Macht“ zusammenstürzt, dann könne für die Arbeiterklasse das „Schlimmste“ eintreten. Unter diesen gegebenen Umständen...

Bankrott des deutschen legalen Imperialismus

Der faschistische Kurs der deutschen Republik vollzieht sich innen- und außenpolitisch in vollkommen legalen Formen. Genau so wie Hitler vor dem republikanischen Gericht seine revolutionäre Tugend, seinen revolutionären Habitus abschweift, so hat dies sein noch nicht ganz reifer und faschistisch ausgereifter Außenminister Curtius in Genf mit der deutsch-österreichischen Zollunion getan. Hitler will auf legalen Wege die deutsche Republik übernehmen. Seine Legalität ist grandig, weil der revolutionäre Umsturz nicht mehr notwendig ist, um ihm seine Macht zu sichern. Umgekehrt liegt die Situation für die deutsche Außenpolitik. Der deutsche Imperialismus flüchtet vor das Haager Schiedsgericht, weil er auf imperialistischem Wege den politischen Anschluß an Oesterreich erringen möchte, aber nicht erringen kann. Der Weg zur Legalität ist ihm durch seine Ohnmacht gegenüber dem französischen Kapital verwehrt. Es ist wirtschaftlich und politisch machtlos gegenüber dem französischen Kapital. Der imperialistische Vorstoß durch den Abschluß der deutsch-österreichischen Zollunion war dem deutschen Kapital durch seine innenpolitische Schwäche gegenüber dem nationalen Vorstoß diktiert. Es wollte so die radikale Rechtsbewegung des deutschen Kleinbürgerums und von Teilen der Arbeiterschaft auffangen. Es vermaß dabei, daß der von ihm gewählte Zeitpunkt vielleicht der ungünstigste Zeitpunkt war, der sich denken ließ. Die Wirtschaftskrise hatte gerade in Deutschland mit am Gegenstand gewartet. Ein Defizit jagte das andere. Im Oesterreich gut gerüstet. Es war fast zum einzigen und wichtigsten Geldgeber innerhalb des gesamten Weltkapitals geworden. Es hatte bereits das italienische Kapital durch eine Anleihe von der Verbindung mit seinem politischen Gegner losgekauft und es zu einer Neutralität ihm gegenüber gezwungen. Durch diese Situation war es den französischen Machthabern gelungen, ihre Macht in Europa weitgehend zu befestigen. Die gesamten kleineren und mittleren Staaten waren infolge der Weltwirtschaftskrise und der dadurch entstandenen finanziellen Schwierigkeiten in eine weit größere Abhängigkeit vom französischen Kapital geraten, als wie es bisher der Fall gewesen ist.

Dem deutschen Kapital war diese Situation durchaus bekannt. Es blieb ihm aber nichts weiter übrig, als diesen Vorstoß zu beginnen, weil es dadurch hoffte, in gleicher Weise wie Italien eine finanzielle Unterstützung zu erhalten. Außerdem mußte man auch dem österreichischen Kapital in alter Nibelungentreue zu einer weiteren Sanierung durch das internationale Kapital verhelfen. Der österreichische Zusammenbruch war bereits vor dem Zeitpunkt offensichtlich, in dem die österreichische Kreditanstalt, die Bank des Hauses Rothschild, ihr 160 Millionen Schilling Defizit aufdeckte. Die Sanierung Oesterreichs konnte nur durch einen Anschluß an das deutsche Kapital oder durch eine internationale Anleihe erfolgen. Das deutsche Kapital wollte sich trotz seiner eigenen außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit eines Machtzuwachses nicht nehmen lassen, zumal es auch damit rechnete, daß es durch diesen Anschluß auf der politischen und wirtschaftlichen Isolierung herauskam, indem es sich den südost-euro-

nen Tatsachen sei dann die Forderung nach einer Umwandlung der Privatwirtschaft zu stellen. Selbstverständlich auf demokratisch-parlamentarischem Grundlag. So zeigt sich die alte Erfahrung immer wieder im neuen Lichte, daß die Sozialdemokratie in Zeiten, wo um ihren eigenen Reichen der Glaube an das friedliche Hineinwachsen-in-den-Sozialismus erschüttert wird, jedesmal die beispiellose Demagogie in Erscheinung bringt, deren materiell korrupter Arbeiter der Sozialdemokratie, soweit sie vom gewerkschaftlich-parlamentarischen Apparat nicht materiell korrupter sind, nur durchbrechen können in der Richtung der Zertrümmerung der parlamentarischen Arbeiterbewegung und dem Aufbau der Partei der Revolution.

